

Daten – Macht – Öl



*Essay zum Bucerius Lab Fellowprojekt
Von Malte Spitz*

Seite | 1

// Vorwort

Für die Recherche und Arbeit zu diesem Essay habe ich als Fellow des Bucerius Labs der ZEIT-Stiftung zwischen Juni 2016 und Juli 2017 über 20 internationale Orte besucht und 100 Gespräche mit Informatikern, Juristen, Politikern, Unternehmern, Aktivisten und Wissenschaftlern geführt. Mir war es wichtig, eine Bestandsaufnahme vorzunehmen und aus unterschiedlichen thematischen Blickwinkeln die Frage zu betrachten, welche Machtstrukturen sich um den Rohstoff Erdöl im zwanzigsten Jahrhundert entwickelten, und wie sich das Machtgefüge im digitalen Zeitalter durch Daten neu ordnet. Dazu suchte ich nach individuellen, gesellschaftlichen, internationalen Perspektiven und Gesprächspartnern. Dazu habe ich das direkte Gespräch mit vielen Expert*innen gefunden und die Schauplätze, die eng mit Öl und Daten verbunden sind, selber besucht, um die Zusammenhänge, aber auch Unterschiede besser zu verstehen. Es wurden vier öffentliche Gruppendiskussionen mit über 150 Teilnehmer*innen in Hamburg, Halle an der Saale, in Harvard und als Teil von TED Global in Banff, Kanada durchgeführt, um die Eindrücke und Ideen einer Vielzahl von Menschen in die Recherchearbeit mit einzubeziehen. Als umfassendes Ergebnis ist das Buch **„DATEN – DAS ÖL DES 21. JAHRHUNDERTS? Nachhaltigkeit im digitalen Zeitalter“** entstanden. In diesem Essay konzentriere ich mich auf die Machtfrage, die Öl und Daten miteinander verbindet.

Öl prägte das 20. Jahrhundert in umfassender Art und Weise, das 21. Jahrhundert wird von Daten geprägt sein. Der britische *Economist* titelte im Mai 2017: »The world's most valuable resource is no longer oil, but data«, und illustrierte seinen Artikel mit einer Zeichnung, die Datenkonzerne als Ölbohrinseln im Meer zeigte. Und natürlich hat auch die Politik den Vergleich längst aufgegriffen. Bundeskanzlerin Angela Merkel nutzt den Rohstoffvergleich regelmäßig in ihren Reden, allein in den vergangenen Monaten über ein Dutzend Mal.

Bei dem Vergleich von Öl und Daten geht es nicht um eine stoffliche, sondern um eine funktionale Ähnlichkeit. Wissenschaftlich wäre ein direkter Vergleich nicht haltbar, und auch ansonsten halten viele Digitalexperten solche Vergleiche für falsch oder irreführend. Entweder, weil sie die Einzigartigkeit von Daten stark machen, oder weil sie Vergleiche mit Daten für unangebracht halten, da sie die Entwicklung, die die Digitalisierung mit sich bringen wird, noch nicht absehen können. Der hier vorgenommene Vergleich soll diese Vorbehalte nicht negieren, er will aber den Versuch unternehmen, durch ihn einer breiteren Öffentlichkeit die Bedeutung der Debatte um die Macht der Daten näher zu bringen, weil für viele Menschen die Macht des Erdöls augenscheinlich und historisch belegt ist und man aus den Umgang mit Öl wertvolle Lehren für den Umgang mit Daten ziehen kann. Denn zunächst lässt sich unkritisch konstatieren: Der Vergleich wird vor allem in Bezug auf die *Bedeutung* vorgenommen, die Daten und Öl jeweils gehabt haben, die sie zurzeit spielen und in Zukunft noch spielen werden. Es geht um die Bedeutung, die beide im Alltag der Menschen und für die Wirtschaft spielen. Es geht damit um Machtfragen und Machtstrukturen, die Einfluss nehmen auf jeden Einzelnen, auf ganze Gesellschaften, auf Wirtschaftssysteme, auf die Politik und unsere Demokratie. Und es geht um die Erfahrungen, die gesammelt wurden, um diese Macht zu kontrollieren, die Veränderungen zu gestalten und positiv zu nutzen.

Zentral ist deshalb die Frage: Was kann eine Gesellschaft aus einem Jahrhundert des Öls für ein Jahrhundert der Daten lernen, und wie muss eine Politik aussehen, die aus den gewonnenen Erkenntnissen jetzt und in Zukunft eine digitale Gesellschaft gestalten will?

// Wieso Daten einen Machtfaktor darstellen

Eines meiner ersten Gespräche führte ich mit Jürgen Müller, er ist Chief Innovation Officer von SAP, einem der größten Softwareunternehmen der Welt. Unternehmen treiben gerade die Digitalisierung und Verdatung, zum Beispiel durch den umfassenden Ausbau der Sensorik, massiv voran. Müller beschreibt im Gespräch auf einem großen Balkon des neuen SAP-Innovationszentrums in Potsdam die Veränderungen, die auf uns zukommen: »Die Digitalisierung und neue Geschäftsmodelle schaffen positive Anreize. Anbieter stehen heute noch stärker in der Pflicht, gute Qualität zu liefern, da Verbraucher viel einfacher zwischen einzelnen Serviceanbietern wechseln können.« Die Macht, die entsteht, ist momentan vor allem eine wirtschaftliche, die in immer mehr Bereiche vordringt, sie liegt aber derzeit nicht beim Verbraucher, sondern beim Anbieter.

Die Folgen dieser Wandlung vom Produkt zum Service und damit auch eine Verlagerung von Kontrolle, sieht man beispielsweise in der amerikanischen Landwirtschaft. Statt für viel Geld einen Traktor zu kaufen, schließt man Mietverträge mit dem Versprechen der Verfügbarkeit des Fahrzeugs für die jeweilig vertraglich festgelegte Nutzung ab. Damit ist ein Traktorhersteller nicht mehr von einzelnen Verkäufen abhängig, sondern erhält dauerhafte Einnahmen und damit auch Kontrolle. Die Wartung wird zusätzlich bezahlt, und aus der Nutzung kann der Hersteller Informationen erhalten, wie er seine Fahrzeuge noch verbessern oder Zusatzdienste verkaufen kann. Viele Landwirte fühlen sich dieser Veränderung hilflos ausgesetzt, selbst einfachste Reparaturen können nicht mehr selbst getätigt, sondern müssen teuer bezahlt werden. Sie installieren deshalb gehackte Software, um wieder mehr Nutzungshoheit zurückzuerlangen. Dies ist die negative Seite der Wandlung vom Produkt zum Service, insbesondere dort, wo die Marktsituation gerade nicht zu mehr Wettbewerb und freier Wahl des Kunden führt. Denn marktdominierende Unternehmen – alte wie neue – haben ein Eigeninteresse daran, ihre Macht durch diese Veränderung vom Produkt zum Service auszubauen und damit die Abhängigkeiten zu verstärken. In der Ölwirtschaft kennt man solche Verknüpfungen auch, wo große Ölfirmen nicht nur den Handel dominiert haben, sondern auch in der Petrochemie aktiv waren, um damit ihre Machtstellung zu festigen.

Über Macht nachzudenken, empfiehlt auch Ryan Calo. Er arbeitet an der Universität von Washington in Seattle. Der Jurist beschäftigt sich mit den Themen künstliche Intelligenz und Robotik. Er stellt eine der zentralen Fragen für das 21. Jahrhundert: »Was bedeutet es, wenn eine Handvoll bekannter Unternehmen im Besitz von 90 Prozent der gut nutzbaren und relevanten Daten ist?«

Ähnlich sieht es auch Joe Nye, der wohl bekannteste Außenpolitikexperte der USA, der bereits an den Debatten um die Ölkrisen der 1970er- Jahre teilnahm und sich heute auch mit außenpolitischen Fragen zu Daten und Digitalisierung beschäftigt. Wir trafen uns in seinem Eckbüro auf dem Harvard-Campus. »Entscheidend ist bei dem Thema Daten und Öl, die Machtstrukturen zu hinterfragen: Welchen Einfluss hatte Öl auf die Machtstrukturen im 20. Jahrhundert? Wie werden Daten und Informationen die Machtstrukturen im 21. Jahrhundert beeinflussen? Gemeinsam haben Daten und Öl die Auswirkungen auf Macht und die Machtverteilung, auch wenn die Ursachen und Auswirkungen sehr unterschiedlich sind.«

// Der Fluss der Daten verändert Machtstrukturen

Was bei Öl die Pipelines sind, sind bei Daten die Seekabel und Netzwerke. Was bei Öl die Häfen und Tankerflotten sind, sind bei Daten die großen Netzwerkknoten. Was bei Öl die Raffinerien und Chemieparks sind, sind bei Daten die Daten- und Rechenzentren. Der große Unterschied: Die natürliche Ressource befindet sich an wenigen Orten auf der Welt. Die Quelle der Daten hingegen ist der einzelne Mensch mit seinem Handeln, der diese Daten produziert. Deshalb ist die Dateninfrastruktur breitmaschiger.

Im Ölgeschäft waren es vor allem die Länder rund um den Golf, aber auch Libyen unter dem Diktator Muammar al-Gaddafi, die den Ölmarkt nachhaltig aufwühlten und damit bestehende Machtverhältnisse zu ihren Gunsten verschoben. Bei Daten und Digitalisierung werden sie es nicht sein. Europa steht dafür auch nicht in den Startlöchern, zu groß ist der Abstand, zu gering sind die Investitionen. Wenn es um Infrastruktur und die Verknüpfung mit neuen Angeboten geht, dann ist heute vor allem eine Nation dafür prädestiniert, den Markt umzukrempeln: China.

China begriff Mitte der 1980er- Jahre, dass es die erste Welle der informationstechnischen Revolution verschlafen hatte. Seitdem wird aufgeholt. »863« nennt sich das Programm, das den Startschuss dafür gab. Alles begann mit einem Brief führender Wissenschaftler an Deng Xiaoping, dem wichtigsten Politiker Chinas zu dieser Zeit, im März 1986 – daher der Name des Programms (86/3). Das ehrgeizige Ziel war es, auf dem Weltmarkt ganz oben mitzuspielen und sicherheitspolitisch bei diesen Zukunftstechnologien unabhängig zu werden. Es ging dabei nicht um eine einzelne Technologie, sondern um ein Bündel an Technologien, wie Raumfahrt oder Informationstechnologie, und seit 1992 ist auch Telekommunikationstechnologie Teil des Programms. Trotz einzelner Erfolge hat China im Bündel aller Technologien indes den Rückstand der vergangenen dreißig Jahre noch nicht vollständig aufgeholt. Das Land gibt zum Beispiel mehr Geld für den Import von Mikrochips als für den Import von Erdöl, obwohl China der größte Ölimporteur der Welt ist. Aus diesem Grund kaufen chinesische Unternehmen zunehmend Chip-Produzenten auf, um sich den Zugang und das Wissen einzuverleiben und auch hier die Abhängigkeit zu reduzieren.

Die langfristige Strategie ist deutlich: Es geht um die Kontrolle im digitalen Datenökosystem, vom Chip über die Datenproduktion hin zur Speicherung und Verarbeitung der Daten und zu grundlegenden Fragen von Internetregulierung. Die erdölexportierenden Staaten ordneten in den sechziger und siebziger Jahren dem Ziel nationaler Souveränität über den Rohstoff Öl fast alles unter. Heute spricht China von nationaler Souveränität als zentralem Ziel, wenn es um Daten und Informations- und Kommunikationstechnologie geht.

Ich traf dazu Joel Beinin, Experte für die Geschichte des Mittleren Ostens an der Stanford Universität. Er benennt die Lehren für den staatlichen Umgang mit der Ressource Öl: »Erstens muss ein Land sehr vorsichtig sein, wenn es darum geht, einem ausländischen Unternehmen oder einem anderen Staat die Kontrolle zu geben über eine Ressource, die entscheidend für die zukünftige Entwicklung des eigenen Landes ist. Zweitens, wenn das Land nicht die Technologie hat, um diese Ressource zu fördern, muss man zurückschalten und warten, bis man diese Möglichkeiten selber hat, damit die Menschen im eigenen Land die Kontrolle darüber behalten können, was mit der Ressource passiert. Und drittens darf man sich nicht auf einen Deal einlassen, der einen mit einem unfairen Anteil am Profit abspeist.«

Diese Erkenntnisse aus den Ölexportierenden Ländern spiegeln auch das Vorgehen Chinas in den letzten 15 Jahren in Bezug auf Daten und Digitalisierung wider. Statt wie andere Länder ganz vorne mit dabei zu sein, hat China immer wieder einen Gang zurückgeschaltet oder andere Unternehmen aus dem chinesischen Markt gedrängt, bis eigene chinesische Angebote existierten. Google hat sich 2010 aus dem chinesischen Markt verabschiedet, nachdem chinesische Stellen versucht hatten, den entscheidenden Google-Code zu stehlen, und die Vorgaben zur Vorzensur immer rigider wurden. Facebook ist bisher gar nicht aktiv in China. Stattdessen gibt es auf dem chinesischen Markt ernst zu nehmende Alternativen, von Alibaba als Handelsplattform bis zu WeChat als Kommunikations- und Bezahl dienstleister. Chinesische Unternehmen expandieren. Es werden strategisch relevante Märkte gesucht, auf denen man etablierten US-Unternehmen ernsthaft Konkurrenz machen kann, wo diese zum Beispiel noch nicht so etabliert sind.

Verschoben vor allem die OPEC und andere Ölexportierende Länder die globalen Machtverhältnisse beim Öl, insbesondere weg von den USA, könnte China diese Rolle als „Gamechanger“ bei Daten einnehmen. Dabei hat China sich offensichtlich zum Ziel gesetzt, nicht nur die oft zitierte »next billion«, also die nächste Milliarde Internetnutzer anzuschließen und für die eigenen Produkte zu gewinnen, sondern eher »the next two billions«, in Asien ebenso wie in Afrika.

Einher geht dies mit einem Export des „chinesischen“ Internets für all die Staaten, die das offene, freie, westlich dominierte Internet ablehnen. Dieses Internetmodell will die Interaktionsmöglichkeiten erhalten und den einfachen und schnellen Wissenszugang und neue Geschäftsideen ausbauen und fördern. Gleichzeitig soll jedoch die Möglichkeit der vollständigen Zensur bestehen oder zumindest der staatliche Einfluss garantiert sein, unliebsame Inhalte zu unterdrücken und Regulierung wirksam und einfach durchzusetzen.

Mit einem solchen Internet spricht man heutzutage viele Staaten an – in Afrika, im Nahen und Mittleren Osten und in Asien, und nicht zuletzt Länder wie die Türkei und Russland. Hier wird sich ein zweites Internet entwickeln, mit Schnittstellen zu dem uns jetzt bekannten Internet, aber auch mit neuen technischen und regulatorischen Möglichkeiten, den Datenfluss zu steuern. Dies folgt dem Bedürfnis nach vollständiger staatlicher Kontrolle.

All diese Entwicklungen sind heute noch Spekulation, denn man kann weder den Erfolg der chinesischen Strategie voraussagen, noch kann man ausschließen, dass andere Akteure diese Rolle erfolgreich einnehmen können, oder dass es zu relevanten Änderungen des bestehenden Daten- und Internetökosystems kommt. Doch viele der Experten, die ich für meine Recherche gesprochen habe, bestätigen mir, dass ein solches Szenario mit Blick auf die Rolle Chinas nicht unrealistisch ist. Marcel Dickow, Forschungsgruppenleiter im Bereich Sicherheitspolitik bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP): »Im Moment sind die Interessen Chinas vor allen Dingen darauf ausgerichtet, zweierlei zu erreichen: Das eine ist die Kontrolle über das Land, Kontrolle der eigenen Herrschaft, insbesondere den Herrschaftsanspruch der Partei nicht zu verlieren. Dabei sind Daten, das Internet, die Kontrolle der Datenflüsse vielleicht das entscheidende Mittel. Und dann gibt es eine unausgesprochene, implizite Industriepolitik gegenüber Dritten, die auch andere, außen- und sicherheitspolitische Ziele verfolgt.«

Auch Joe Nye, außenpolitischer Experte an der Harvard-Universität, sieht die Expansionsbestrebungen. »Der Gedanke, dass China nach außen expandiert und seine eigenen führenden nationalen Unternehmen dafür nutzt, ist richtig. Wenn man sich das Internet heutzutage anschaut, gibt es nicht mehr das eine Internet, es ist schon jetzt fragmentiert. Die chinesische Firewall schottet schon heute die größte Nutzergruppe des Internets ab, nämlich das chinesische Internet. Die Chinesen stellen dies aber schlau an, sie erhalten sich die ökonomischen Vorteile des Internets und setzen gleichzeitig eine enge Kontrolle des Informationsflusses durch. Sie sind bisher nicht so interessiert an den riesigen Datenmengen, um diese zu monopolisieren, wie man es beim Öl macht, sie wollen vielmehr sicherstellen, dass keine ›Verschmutzung‹ in ihre Daten und Informationsflüsse von außen gelangt.«

Ob diese Entwicklung und neue Dominanz durch China eintreten wird, wird erst in zehn bis 15 Jahren absehbar sein. Aktuell macht sich aber kein anderes Land oder keine andere Region so strategisch auf den Weg, die bisherige US-Dominanz in dem Bereich aufzubrechen. Viele Versuche, aus Europa heraus die wirtschaftliche Macht von großen Datenunternehmen aufzubrechen, sind bis auf ganz wenige Ausnahmen gescheitert. Die Entwicklung zeigt aber auch, dass es nicht nur um die Kontrolle der Daten an sich geht,

sondern auch um die Kontrolle der Infrastruktur, durch die diese Daten fließen, denn nur in der Kombination wird langfristig die Macht, die aus Daten entsteht, gesichert werden können. Am Beispiel China sehen wir nicht nur, wie hoch die Relevanz von Daten für die politische Agenda eines Machtapparats sein kann, sondern auch, dass autoritäre Staaten hier strategischer Vorgehen als manch demokratisches Land.

// Dominanz einer Ressource – Kulturelle Konflikte

Die politische Macht des Öls entstand nicht nur aus dem Reichtum, sondern vor allem aus der Abhängigkeit von diesem Rohstoff. Diese währte etwa vierzig Jahre, seit die USA vom Ölexporteur zum Ölimporteur wurden. Ab 1973 war der Export aus den USA sogar untersagt. Seit der ersten Ölkrise 1973 fühlte sich der Westen politisch und wirtschaftlich durch die Erdölexportierenden Länder unter Druck gesetzt. Seitdem stand die Außen- und Sicherheitspolitik ganz im Zeichen des Öls. Die Nachbarschaftspolitik der USA mit einigen Staaten im Nahen und Mittleren Osten, etwa mit Saudi-Arabien, ist hierfür das beste Beispiel. Die Zusammenarbeit zwischen einer traditionell geprägten islamischen Gesellschaft, in der Menschenrechte nur eingeschränkt gelten, und der Weltmacht USA, die von sich selber die Verteidigung der Menschenrechte hochhält, war von Anfang an von Spannungen geprägt.

Kulturelle Konflikte dieser Art sind nicht nur rechtliche Konflikte, sondern meistens auch moralische Konflikte. Es geht um die Anerkennung der jeweiligen Sitten und kulturellen Traditionen und nicht zuletzt um Respekt. Konflikte dieser Art bestimmen auch unsere Datenwelt. Zum Beispiel das rigorose Vorgehen von Facebook gegen Nacktheit, wo das Bild einer stillenden Frau schnellstmöglich aus dem Netzwerk verschwindet, während aggressive Hetze gegen Ausländer oder andere Minderheiten oft genug unbeanstandet bleibt. Dieser kulturelle Konflikt führt zwangsläufig zu Spannungen bei der Nutzung von Daten – in Gesellschaften ebenso wie zwischen staatlichen Stellen und den Unternehmen.

In der Ölwirtschaft kam es zu Gewalttaten gegen ausländische Firmen, zum Beispiel wiederkehrend in Nigeria, aber auch in Nordafrika. Die meist nicht-demokratischen Erdölfördernationen sahen sich zunehmend mit Druck aus der eigenen Bevölkerung

konfrontiert, entschiedener gegen ausländische Ölfirmen vorzugehen, um die nationale Souveränität über den Rohstoff durchzusetzen. In vielen Ländern führte der Druck mittelfristig zur vollständigen Verstaatlichung der Ölwirtschaft.

Das Konfliktpotenzial in der Datenwelt betrifft heutzutage besonders den Umgang mit nutzergenerierten Inhalten und der Verantwortung großer Plattformen für deren Verbreitung. Seit längerem ist zu beobachten, wie auch in demokratischen Ländern, Unternehmen wie Facebook, Google und andere unter Druck geraten, auf »Hasskommentare« und »Fake News« strenger zu reagieren und lokale und regionale Gesetze effektiver zu befolgen. Die Konflikte um Öl und heute um Daten können ein ähnliches politisches Verlaufsmuster erzeugen: Mit der Zeit nimmt der Druck auf die Unternehmen immer mehr zu, schließlich werden politische Veränderungen vorgenommen, doch der Grundkonflikt bleibt. Wie dieser Konflikt gelöst werden kann, ist strittig. Soll man Unternehmen wie Facebook stärker regulieren? Soll man sie zu höheren Strafen verurteilen? Oder soll man Wettbewerbsverfahren initiieren, um regionale Monopole zu brechen und in einer Art Gegenbewegung alternative Angebote fördern oder neu gründen? In Europa sind solche Bestrebungen, kontinentale Champions im IT-Bereich aufzubauen, gescheitert. Klar aber ist: der Konflikt um die Macht der Datenunternehmen wird ähnlich kontrovers wie der um Ölunternehmen.

// Daten und Demokratie

Lawrence Lessig ist einer der bekanntesten Internetvordenker unserer Zeit. Er hat bereits vor 20 Jahren damit begonnen, grundlegende Fragen der Veränderung von Machtstrukturen durch die Digitalisierung zu thematisieren. Eine bekannte Aussage von ihm lautet: »Code is Law«, also Programmiercode nimmt die Rolle ein, die Gesetze haben, weil sie Gesetzmäßigkeiten bestimmen. Vor einigen Jahren hat Lawrence Lessig festgestellt, dass es wenig bringt, sich für einzelne Anliegen einzusetzen, eine Reform des Urheberrechts zum Beispiel, oder für mehr Verbraucherrechte im Digitalen. Das Grundproblem liegt für ihn im Wahlsystem der USA, das völlig abhängig sei von privaten Spenden. Damit werden Seilschaften gefördert, Interessen mit Geldspenden verbunden und letztendlich

politische Mehrheiten für Themen gekauft, die nicht direkt im öffentlichen Fokus stehen.

Doch politische Einflussnahme resultiert nicht nur aus den Spenden einerseits und aus der allgegenwärtigen Verflechtung von Politik und Wirtschaft andererseits. In der heutigen Zeit wird immer stärker versucht, mittels der Nutzung von Daten unsere demokratische Ordnung zu beeinflussen. Lawrence Lessig sieht beim gemeinsamen Frühstück in einem Hotel in Hamburg die Entwicklungen in der Datenökonomie mit Besorgnis: »Wir werden diesen gewaltigen Schritt hin zu Datenunternehmen haben, die als Gewinner alles vereinnahmen. Wir haben nicht ansatzweise etwas Ähnliches im Industriezeitalter erlebt und haben bisher keine Ideen, wie man dies regulieren soll, denn die Vorteile und Effizienzgewinne sind enorm. Es ist nicht einmal klar, ob die Gesellschaft diese Vorteile überhaupt aufgeben will. Andererseits sind die Gefahren für unsere bürgerlichen Freiheiten und das grundsätzliche Funktionieren unserer Demokratie, gerade in Nationalstaaten, weitreichend. Bisher hat niemand auch nur versucht zu ermitteln, wie mächtig diese Dynamik sein wird.«

Der Einfluss der Datenunternehmen ist dabei mit Blick auf unsere Demokratie sehr vielseitig. Finanziell sind die fünf Großen, also Amazon, Apple, Facebook, Google und Microsoft, aktuell eine Klasse für sich. Sie sind nach ihrem Börsenwert die aktuell wertvollsten börsennotierten Unternehmen der Welt, mit einer Marktkapitalisierung von weit über zwei Billionen Euro. Zum Vergleich: Die fünf größten börsennotierten Ölonternehmen sind weniger als die Hälfte wert. Oder, um einen Vergleich mit Deutschland zu bemühen: Die fünf größten deutschen Unternehmen SAP, Siemens, Bayer, Allianz und BASF sind mit ihren rund 480 Milliarden Euro Marktkapitalisierung weniger wert als die Nummer drei weltweit allein, also Microsoft. Die finanzielle Macht dieser Daten- und IT-Unternehmen ist momentan unangefochten, zumal sie sich immer weiter ausbreiten, zu regelrechten Mischkonzernen werden, die in unterschiedlichsten Bereichen aktiv sind, um zum Beispiel dem autonomen Fahren der Automobilwirtschaft Konkurrenz zu machen oder den Bezahlsystemen der traditionellen Banken.

Die finanzielle Macht dieser Firmen resultiert aus ihrer enormen Reichweite. Wäre Facebook ein Land, es wäre mit seinen zwei Milliarden Nutzern weltweit der größte Staat. Facebook will aber gar kein Land sein, Facebook will mehr sein. Facebook will der Ort sein, wo gesellschaftliche und politische Diskussion und Veränderung

stattfinden, wo die Zukunft unserer Welt gestaltet wird. In einem bemerkenswerten Facebook-Beitrag vom Gründer Mark Zuckerberg aus dem Frühjahr 2017 stellt er die entscheidende Frage: »Are we building the world we all want?« – »Errichten wir die Welt, die wir alle wollen?« Zuckerberg sieht im Netzwerk von Facebook das Fundament und die Infrastruktur für den Aufbau einer globalen Gemeinschaft. Für ihn geht es um den nächsten evolutionären Schritt des Zusammenlebens der Menschen: weg von den Nationalstaaten, hin zur nächsten höheren Ebene.

In seinem Text beschreibt Zuckerberg auch die aktuelle Bedeutung von Facebook für die Politik. Er macht unmissverständlich deutlich, dass die politischen Kandidaten, die auf Facebook die größte und engagierteste Anhängerschaft haben, normalerweise auch die Wahlen gewinnen. Er hat dabei ein klares Eigeninteresse für solche Aussagen, denn je stärker der angebliche Erfolg mittels Facebook, desto mehr werden zusätzliche Werbeeinnahmen für das Soziale Netzwerk entstehen, da sich Werbung, gerade auch politische, immer stärker auf Facebook konzentrieren wird. Ein Grund für den potentiellen Erfolg ist die schier unüberbietbare personenbezogene Datenlage, über die Facebook verfügt: Über Jahre hinweg werden Menschen mit ihren privaten und politischen Ansichten begleitet, werden Seitenaufrufe, Freundeslisten und Interessen ausgewertet und allumfassende Profile angelegt. Hatte man früher ein Dutzend Zielgruppen, die man im Wahlkampf ansprach, ist es jetzt bei Facebook möglich, Hunderte oder Tausende Zielgruppen zu kreieren, abhängig von Alter, sozialem Status, Interessen, Aufenthaltsort und anderen Faktoren. »Mikrotargeting« nennt sich diese Methode der sehr zielgenauen Ansprache von Menschen. Die Zeiten, in denen im Wesentlichen eine politische Botschaft an alle verbreitet wurde, wie bei der Wahlwerbung im Fernsehen oder auf Plakaten, ist vorbei. Heutzutage kann man variieren: Man kann duzen oder siezen, Fachbegriffe oder einfache Bilder benutzen, emotionalisieren oder politische Nüchternheit vermitteln, und alles zur gleichen Zeit, jeweils an die Zielgruppe gerichtet, die man erreichen will. Jeder bekommt das zu sehen, was er vermeintlich sehen will, ein kohärentes Wahlprogramm und übergeordnete politische Botschaften sind zweitrangig. Wahlkämpfer weltweit besuchen inzwischen Schulungen, wo Unternehmen wie Facebook ihre Möglichkeiten vorstellen und für immer höhere Budgets in ihren Werbeformaten trommeln. Der Absender der Botschaft bleibt dabei zunehmend im Hintergrund. Diese Methodik ist geeignet für Wahlkämpfe und

Parteien, aber auch in anderen Bereichen zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Datengetriebene Werbemöglichkeiten, die eine immer feiner justierte Ansprache ermöglichen und dabei sogar die angesprochene Person verfolgen (welcher Artikel wurde geklickt, welcher Inhalt geteilt, welcher Beitrag an Freunde weitergeleitet?), machen eine weitreichende Beeinflussung politischer Entscheidungsprozesse möglich. Statt für einen Kandidaten oder eine Partei zu werben, mit Logo oder Kandidatenfoto, kann man viel einfacher für ein Thema oder eine politische Überzeugung eintreten. Auch wenn der tatsächliche Einfluss durch solch datengetriebene Werbemaßnahmen auf politische Willensbildungsprozesse heutzutage umstritten und wissenschaftliche Forschung dazu dringend notwendig ist, ist der Einsatz an sich und die Möglichkeit, dass der Einfluss tatsächlich so weitreichend ist, Anlass genug, sich damit zu befassen. Rechtlich kann man gegen ein solches Verfahren kaum vorgehen. Je nach Ausgestaltung können die »Beiträge« neutral wirken und den Anschein erwecken, ganz allgemein zur Meinungsbildung beizutragen. Anders als bei direkter Parteiwerbung oder bei Parteispenden gelten keine oder geringe Transparenzvorschriften für allgemeine thematische Kampagnen. Werbung ist erlaubt – ob für Autos, für Kleidung oder eben auch für politische Sichtweisen.

Daten werden damit zum Schmiermittel des demokratischen Prozesses in dem Maße, wie unser Informationskonsum immer zielgenauer gesteuert wird. Ein solches Verfahren hat viel weiterreichende Effekte als die Wirkung, die von „Fake News“ ausgeht. Bei „Fake News“ geht es um die bloße Aufmerksamkeitserregung durch falsche Tatsachenbehauptungen. Doch den digitalgestützten Werbeformaten geht es um gezielte Meinungsbeeinflussung durch Informationszugangssteuerung. Der deutsche Venture Capital Investor Albert Wenger fokussiert sich bei der Unterhaltung in seinem New Yorker Büro auf das Thema Aufmerksamkeit, denn diese ist von zentraler Bedeutung für das digitale Zeitalter. »Jeder Mensch hat nur vierundzwanzig Stunden am Tag. Wir müssen also entscheiden: Was machen wir mit unserer Aufmerksamkeit? Worauf lenken wir sie?« Es ist daher die Steuerung der Aufmerksamkeit mittels umfassender Auswertung von Daten, die unsere öffentlichen Diskussionen zunehmend beeinflussen und lenken wird. Damit erhalten die Akteure, die über diese Daten und Möglichkeiten der Steuerung verfügen, sehr viel Macht. Die Datenkonzentration in den Händen weniger ist damit nicht nur eine wettbewerbsrechtliche

Auseinandersetzung, sondern eine, die den Kern unserer Demokratie betrifft. Man mag sich gar nicht vorstellen, was geschehen würde, wenn ein Unternehmen wie Facebook seine Möglichkeiten gezielter nutzen würde, um im Eigeninteresse den öffentlichen Diskurs zu beeinflussen, bei Fragen des Datenschutzes etwa, oder auch bei allgemeinen Themen wie der Handelspolitik oder auch zur Werbung für einzelne Kandidaten, wie es manchmal Zeitungsredaktionen mit ihren bevorzugten Kandidaten tun.

Das erwähnte Manifest von Mark Zuckerberg hat den Anspruch formuliert, die Welt zu einem besseren Ort zu machen, natürlich entsprechend seinen Vorstellungen und auch auf Grund seiner wirtschaftlichen Interessen.

Die ökonomische und gesellschaftliche Bedeutung von Daten geht damit weit über die von Öl in Bezug auf Reichweite und Einfluss auf unsere Demokratie hinaus. Zumal Öl endlich ist, es kann nur einmal, wenn auch sehr weitreichend, verbraucht werden, indem es in seine Bestandteile zersetzt wird. Daten sind hingegen unendlich, nicht nur in ihrem Vorkommen, sondern auch in ihrem Nutzen. Daten können immer wieder und wieder genutzt werden, sie verbrauchen sich nicht, sie verlieren maximal ihre Aktualität und Exklusivität. Daten können damit als Grundlage dienen, Umgebungen zu schaffen, in denen immer stärker Einfluss auf den Einzelnen genommen und in denen Datenmacht ausgeübt werden kann, und je mehr Daten über eine Person bekannt sind, desto genauer oder stärker kann der Einfluss sein und damit steigt auch der ökonomische Wert dieser Daten.

// Fazit: Macht vorausschauend regulieren

Im Ölzeitalter hat man erst sehr spät angefangen, sich über die negativen Auswirkungen des wirtschaftlichen Handelns, also die externen Effekte, Gedanken zu machen. In den ersten Jahrzehnten beschränkte man sich darauf, die Wirtschafts- und Finanzmacht Öl durch Regeln zum Wettbewerbsrecht zu kontrollieren, indem man etwa gegen Kartelle vorging, oder mittels Festsetzung von Ölfördermengen, um einer ruinösen Ausbeutung der natürlichen Ressourcen entgegenzuwirken. Bis Regeln zum Umweltschutz formuliert und international diskutiert wurden, brauchte es rund hundert Jahre.

Deshalb ist jetzt so wichtig, sich der Dimensionen der Veränderung bewusst zu sein und diese in die Entscheidungs- und Abwägungsprozesse insbesondere politischer, aber auch wirtschaftlicher Entscheidungen, einzubeziehen. Jede und jeder einzelne muss um die tatsächliche Tragweite seines eigenen Handelns wissen, dafür sind Aufklärung und Transparenz über die Datenverarbeitung elementar wichtig.

Für mich versteht es sich von selbst, dass beim Thema Daten und der Regulierung der Macht durch Daten nicht hundert Jahre ins Land gehen dürfen. Um die Möglichkeiten, die durch Daten entstehen, zu nutzen und die Risiken effektiver zu kontrollieren, braucht es einen globalen Ordnungsrahmen für die Datenwelt, und zwar jetzt. Es braucht Abkommen und Konventionen, Rechtsdurchsetzungs- und Sanktionsmechanismen, Schiedsgerichte und internationale Aufsichtsstrukturen. In Deutschland hat sich bereits 2016 eine kleine Gruppe zivilgesellschaftlicher Akteure auf den Weg gemacht und einen Textentwurf für eine Charta der Digitalen Grundrechte als Diskussionsimpuls vorgestellt.

Der Österreicher Viktor Mayer-Schönberger, Professor am Oxford Internet Institute, fordert zudem einen systemischen Grundrechtskatalog für die digitale Welt, bei dem man zum Beispiel überlegen kann, »ob Diversität und Interoperabilität Grundrechtsschwerpunkte sein können, nicht als technische Grundrechte, sondern um auch auf Technik anwendbar zu sein«. Diskutiert wird, ob „digitale Grundrechte“ nicht nur gegenüber dem Staat einklagbar sein sollten, sondern auch gegenüber privaten Dritten, da große Datenunternehmen staatsähnliche Aufgaben und damit Macht ausüben.

Europa könnte eine Vorreiterrolle zukommen, diese Regulierung aufzubauen. Der europäische Binnenmarkt ist so groß, dass europäische Regulierungsvorgaben weltweiten Einfluss haben. Dies bestätigen auch mehrere Unternehmensvertreter in Gesprächen, etwa Microsoft. Ein gutes Beispiel ist die neue EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), die allgemeinverbindlich den Datenschutz in der EU regelt und damit für alle in der EU tätigen Unternehmen gilt. Von Palo Alto bis Tokio sitzen nun Firmen daran, diese Datenschutzstandards in ihre Angebote zu implementieren, und da manche Dinge so grundlegend sind, werden sie letztendlich

auf der ganzen Welt gelten, da es oft zu aufwendig und kostenintensiv wäre, komplett eigene Strukturen für die jeweiligen Staaten und Regionen zu entwickeln. Dieser Einflussmöglichkeiten zur globalen Regulierung sollte sich Europa bewusst sein. Daher ist es von großer Wichtigkeit, was in Brüssel und Straßburg passiert. Es beeinflusst nicht nur das Leben der Menschen in der EU, sondern in diesem Fall den Umgang mit Daten weltweit. Diese Möglichkeit sollten wir aus Europa heraus nutzen.

Um den digitalen Wandel erfolgreich gestalten zu können, braucht es eine gute Regulierung der Datennutzung. Daten- und Internetunternehmen wittern bei Regulierungsbestreben noch immer eine Gefahr, statt sie als Chance zu begreifen.

Dave Heiner ist Jurist bei Microsoft. Er bestätigt beim Gespräch in der Firmenzentrale in Redmond, dass viele Unternehmen in der IT- und Datenbranche Angst vor jeder Form von Regulierung haben, gerade im Silicon Valley. Laut Heiner gilt dort die Devise: »Wir sind innovativ, die Zukunft kommt, ob ihr es wollt oder nicht. Geht uns aus dem Weg mit eurer Regulierung. Bremst uns nicht. Wer versucht, uns zu regulieren, ist ein Maschinenstürmer.« Für Microsoft soll dieses Denken nicht gelten. Dave Heiner unterstützt das Anliegen nach guter Regulierung: »Neue Technologie wirft neue gesellschaftliche Fragen auf. Man muss vorsichtig und verantwortlich mit ihr umgehen. Regulierung kann da helfen.«

Beim Öl musste es erst zu dramatischen Katastrophen mit Toten sowie weitreichender Umweltzerstörung kommen, bis auf politischer Ebene Regulierungen durchgesetzt wurden. Regulierung in Bezug auf die Förderung oder auch den Transport von Öl oder die Haftung von Ölfirmen. Der IT-Sicherheitsexperte Bruce Schneier von der Harvard Kennedy School konstatiert, dass »wir als Gesellschaft nicht gut sind in präventiven Handlungen. Wir sind besser im reaktiven Umgang. Wir reagieren erst, wenn die Tatsachen schon eingetreten sind.«

Datenkatastrophen in einem Ausmaß der Ölkatastrophen sind bislang noch nicht eingetreten, sonst wäre die nötige Regulierung wohl längst durchgesetzt. Die Enthüllungen der weltweiten Überwachungspraktiken der Geheimdienste, die wir Edward Snowden zu verdanken haben, sind nicht diese Katastrophe bzw. rückwirkend nicht als Katastrophe gedeutet worden. Stattdessen

dürfen Geheimdienste jetzt diese Überwachung legal vornehmen. Ihre Befugnisse wurden infolge der Enthüllungen gesetzlich ausgeweitet, nicht eingeschränkt. Auch der Markt versagt im Umgang mit den Daten der Menschen. Doch die Missbrauchsfälle, die fast wöchentlich über neue Vorfälle mit Millionen gestohlener Kundendaten oder ungeschützter Daten im Internet öffentlich werden, scheinen noch nicht so groß zu sein, um den Staat zu veranlassen, konsequent einzugreifen. Gerade weil die Gefahren für die Betroffenen nicht unmittelbar klar sind, so wie bei einer Ölverschmutzung. Staaten wären daher umso mehr gefordert, ihre Schutzfunktion gegenüber ihren Bürgern wahrzunehmen. Bruce Schneier betont, dass noch immer der Markt fast völlig allein entscheiden darf, und das sei nicht gut: »Privatsphäre ist kein Handelsgut, sondern ein Menschenrecht.«

Ein Problem auf dem Weg hin zu einer besseren Regulierung von Daten und der Digitalisierung wird immer offensichtlicher: das mangelnde technische Verständnis in Politik und Verwaltung. Der US-Datenschutzaktivist Chris Soghoian stellt beim Gespräch am Rande der TED Global in Banff fest: »Würde der Vorsitzende des Haushaltsausschusses im Senat sagen, dass er nicht wisse, wie man einen Haushalt ausgleicht, oder der Vorsitzende des Finanzmarktausschusses im Repräsentantenhaus nicht wisse, was der Unterschied zwischen einer Aktie und einer Option ist, sie würden ausgelacht werden. Aber es wird noch immer akzeptiert, wenn Politiker Witze darüber machen, dass sie in Technologiefragen keine Ahnung haben. Das ist ein echtes Problem.«

Die technische Ignoranz im politischen Geschäft führte bisher oft zu schlechter Regulierung. Das rückt das ganze Vorhaben in ein schlechtes Licht und liefert denjenigen Munition, die in jedem Regulierungsversuch einen Anschlag auf das freie Unternehmertum und das offene Internet wittern.

Gegen ein allgemeines Wahrnehmungsproblem von Regulierung stellt sich der Schweizer Urs Gasser, Direktor des Berkman Klein Center for Internet & Society der Harvard-Universität im Gespräch in seinem Büro. »Regulierung wird sehr oft als etwas Innovationsfeindliches wahrgenommen. Regulierung ist immer das, was man nicht machen darf. Ich glaube, das ist eine starke Verkürzung der Rolle von Regulierung und von Recht, ein nicht hilfreiches Verständnis. Regulierung kann Möglichkeitsräume eröffnen und muss diese nicht schließen. Natürlich gilt, dass wir an

manchen Stellen ganz klassische Regulierung brauchen, um zu markieren, was nicht erlaubt ist, und um damit auch die Entscheidung zu kommunizieren, wo die Grenzen sind.«

Und genau darum geht es. Die Geschichte der Erdölbranche im 20. Jahrhundert hat gezeigt, dass es möglich ist, etwas so Großes und Globales und vor allem Mächtiges wie einen weltumspannenden Wirtschaftszweig zu regulieren. Marktmonopole wurden beschnitten, Umweltauflagen durchgesetzt, Sanktions- und Kontrollsysteme wie auch eine effektive Besteuerung aufgebaut. Es wurden und werden viele Fehler dabei gemacht. Vor allem war man zu spät dran. Aber gute und damit vorkehrende Regulierung von Daten ist machbar, sei es bei der Datenkonzentration von Unternehmen oder der Möglichkeiten künstlicher Intelligenz. Eine Regulierung zum Schutz und zum Nutzen unserer Demokratie und zur Stärkung der Menschenrechte und Selbstbestimmung. Es geht darum, die Macht der Daten zu durchbrechen, für eine nachhaltige Digitalisierung, die die Interessen zukünftiger Generationen im Blick hat, und darum, die digitale Zukunft im Interesse der Allgemeinheit zu gestalten. Es geht nicht um eine Verhinderung von Fortschritt, sondern um dessen Gestaltung.

Für eine solche Regulierung braucht es einen gesamtgesellschaftlichen Konsens über das Ziel der Regulierung, dieser Konsens muss die Antwort auf die Frage sein ‚Wie sieht ein gutes Leben im digitalen Zeitalter aus?‘.

// Schlusswort

Die Veränderungen die durch eine datengetriebene Welt entstehen, werden alle Lebensbereiche umfänglich erfassen. Dies wird nicht kurzfristig, sondern langfristig über die kommenden Jahrzehnte erfolgen. Damit wird sich die Macht der Daten noch stark entfalten, ihre Bedeutung im Alltag der Menschen wird zunehmen, so wie die Bedeutung des Öls auch in den vergangenen 150 Jahren stetig zugenommen hat – bis hin zur fast vollständigen Abhängigkeit unserer Mobilitätsangebote von einem Rohstoff. Die daraus entstehende Macht wird sich auf die Akteure konzentrieren, die die Kontrolle über die Verarbeitung der Daten haben, sprich Zugang und Nutzung der Daten, oder den Datenfluss

kontrollieren können, durch die technische Infrastruktur aber auch politischen Einfluss. Sie wird vornehmlich bei Unternehmen liegen, aber auch bei einzelnen Staaten.

Diese Macht aufzubrechen, sie in einen gesellschaftlich vertretbaren und nachhaltigen Regulierungsrahmen zu überführen, scheint für mich möglich. Ich beschäftige mich in der Politik und in verschiedenen zivilgesellschaftlichen Zusammenhängen seit 15 Jahren mit Fragen der Digitalisierung und den Umgang der Gesellschaft und des Einzelnen mit Daten. Der Vergleich von Öl und Daten macht mir Hoffnung, dass die auf den ersten Blick nahezu unmögliche Aufgabe der Regulierung der Macht von Daten, doch erfolgreich sein kann. Denn die Erfahrungen aus dem Ölzeitalter zeigen, dass mit Ausdauer, Zielvorgaben und einem internationalen Prozess dieses Ziel erreicht werden kann. Als Politik und Gesellschaft kann man dabei Fehler aus dem Ölzeitalter vermeiden, zum Beispiel sich zu lange Zeit zu lassen. Zugleich kann man sich von strukturellen Ansätzen zur Regulierung inspirieren lassen, in diesem Fall gesetzliche Rahmenbedingungen die einen Dreiklang aus Regulierung, Innovationsanreizen und Förderung der individuellen Verantwortung miteinander verbinden, wie auch parallel international Prozesse der Regulierung anzustoßen. Damit kann das Ziel erreicht werden, die Datenmacht schneller in einen die Gesellschaften fördernden Ordnungs- und Regulierungsrahmen zu überführen. Ich werde für diese Ziele kämpfen, denn wir brauchen den gesellschaftlichen Diskurs über die Gestaltung unserer digitalen Zukunft und dieser Diskurs muss im Sinne des guten Lebens im digitalen Zeitalter auch zu spürbaren Veränderungen führen.

Malte Spitz, Oktober 2017



Die Recherche und Entstehung dieses Essays wurde durch ein Fellowship des Bucerius Lab der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius ermöglicht.

Blog & Kontakt: www.buceriuslab.de/daten-macht-oel/